

(auch de
behande
reise od
derhöch

gegebem
ernwende

e Bedi
er feine
ber feine
offen u
geschlo

n Jede
r in d
ers au

ingung
dem J
bis d
n Jede
ingung

auftrag
ingung
Zur
Einfl
n zu

ntroffre
Quadr
bei n
für d
erhöb
Händ
aten
ng stell

n lönn
bewill
acher

n hien

bis: d
ber.

iegs
cken
bereit
iegs
sind

sodal
nung
n der

bank
alle
zogen

onen
riegs

bank

badem.

erscheint jede Woche

amstag / Bezugspreis Viertel
jährlich 3 Mk., durch die Post
das Haus gebracht 1.12 Mk. /
Mitglieder des Gewerbevereins
für Nassau erhalten das Blatt
kostenlos / Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verklündigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgehaltene
Festzeile 40 Pfg.; kleine An
zeigen für Mitglieder 30 Pfg. /
Bei Wiederholungen Rabatt /
für die Mitglieder des Gewerbe
vereins für Nassau werden 30
Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 13. April

Anzeigen-Annahmestelle:

Thermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Gewerbliches Unterrichtswesen — Stellungnahme des deutschen Handwerks zum neuen Entwurf des Handelskammergesetzes — Aufruf an die Handwerker — Meisterjahre im Handwerk — Beratung der Unfallgefahr — Beirat für Handwerk und Genossenschaftswesen — Kurze Mitteilungen — Der Verteidigungskampf des Geldes — Aus den Lokalvereinen — Wärschau — Handwerkskammer — Anzeigen.



Ehrentafel

Auf dem Felde der Ehre
stelen:

Musketier Fritz Gröhinger, Inhaber
des Eisernen Kreuzes, Sohn des Vereins-
boten Wilh. Gröhinger, Wiesbaden.

Leutnant Robert Best, Inhaber des
Eisernen Kreuzes, Sohn des Mitgliedes
Tapeziermeister R. Best, Wiesbaden.

Ehre ihrem Andenken!

Das Eiserne Kreuz II. Klasse
erhielten:

Leutnant Otto Bühl, Sohn des Zen
tralvorstandsmitgliedes Bauunternehmer
Bühl, Diez a. d. Lahn.

Flugzeugführer Robert Mayer, unter
Beförderung zum Unteroffizier, Sohn des
Mitgliedes Schlossermeister R. Mayer,
Wiesbaden.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Dem Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule in Kellheim, Herrn Lehrer Breh, wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Herr Rektor Boreth in Sossenheim wurde unter Bestätigung des Herrn Regierungspräsidenten zum Leiter der dortigen gewerblichen Fortbildungsschule ernannt.

Stellungnahme des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertags zum neuen Entwurf des handelskammergesetzes.

Dem Haus der Abgeordneten liegt zurzeit der Entwurf eines Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern zur verfassungsmäßigen Beratung und Beschlussfassung vor. Dieses Gesetz ist bestimmt, die Ständevertretung von Handel und Industrie zu regeln. Es ist nicht zu umgehen, daß hinsichtlich der grundsätzlichen Abgrenzung der den Industrie- und Handelskammern zugewiesenen Kreise auch die Interessen des Handwerks und seiner Berufsvertretungen in erheblicher Weise berührt werden. Der Gesetzentwurf bestimmt nämlich, daß die Industrie- und Handelskammern die Ge-

Aufruf an die Handwerker des Kammerbezirks.

Die 8. Kriegsanleihe liegt vom 18. März bis 18. April zur Zeichnung offen. Wir wollen und müssen alles tun, um auch diesmal wieder den Feinden zu beweisen, daß Deutschlands wirtschaftliche Kraft ungeschwächt ist und daß sie geschlossen und entschlossen hinter unseren siegreichen, heldenhaften Truppen steht. Je größer der Erfolg der Kriegsanleihe, desto näher der Frieden. Auf einen Sieg durch die Waffen hoffen unsere Feinde wohl selbst nicht mehr, aber auf den Sieg durch unseren wirtschaftlichen Zusammenbruch, hoffen sie immer noch, wenigstens reden sie dies ihren Völkern vor. Je schneller diese Hoffnung der Feinde zerstört wird, desto schneller werden wir den Frieden haben. Je mehr diese Hoffnung aber genährt wird, und durch eine schwache Kriegsanleihe würde sie genährt, desto ferner

rückt der Frieden. Die letzte Entscheidung steht nunmehr im Westen bevor. Zu ihrer Durchführung braucht unsere Heeresleitung die 8. Kriegsanleihe. Geben wir ihr so reich wie es unserem Dank und unserem Vertrauen entspricht; beides aber ist unbegrenzt. Hier handelt es sich einfach um eine Ehren- und eine Dankeschuld. Jeder der etwas hat, kann und soll etwas beitragen, denn er legt sein Geld gut verzinst und sicher an und trägt damit zum Endsieg bei. Waren wir schon bisher auch im Westen siegreich, so werden wir es sicher auch bei der letzten Entscheidung sein, nachdem durch den deutschen Frieden im Osten unsere Kampfkraft im Westen sich verdoppelt hat. Deshalb muß jeder Handwerker diese, hoffentlich letzte, Kriegsanleihe nach Kräften zeichnen.

Wiesbaden, den 19. März 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Carstens.

Der Syndikus: Schroeder.

samtinteressen der Industrie, des Handels, der Schifffahrt und der nicht zum Handwerk gehörigen Gewerbe ihres Bezirks wahrzunehmen haben.

Nun ist die Frage der Abgrenzung des Handwerks seit Bestehen der Handwerkskammern schon eine strittige gewesen. Die Handwerker-Gesetzgebung des Reiches vom Jahre 1897 hat eine Bestimmung über den Begriff des Handwerks nicht gebracht, und bei der Vielgestaltigkeit der gewerblichen Verhältnisse wurde eine brauchbare gesetzliche Auslegung für den Begriff „Handwerk“ als unmöglich bezeichnet. In der Zwischenzeit ist in der Rechtsprechung und Verwaltung über eine Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk allgemein der Grundsatz anerkannt worden, daß eine Bestimmung der Begriffe Handwerk und Fabrik in der Kürze und Schärfe, wie sie gesetzgeberisch erforderlich wäre, unmöglich ist. Es mußte bisher von Fall zu Fall entschieden werden, ob ein Betrieb zum Bereiche der Handwerkskammer oder aber der Handelskammer gehört. Der Handwerks- und Gewerbeamertag war in dem letzten Jahrzehnt bemüht, eine Reform der Gewerbeordnung zu erreichen, unter der die Regelung der grundsätzlichen Frage der Abgrenzung des Handwerks eine entscheidende Rolle spielt. Eine Klärung wurde nach zwei Richtungen hin für notwendig erachtet: einmal hinsichtlich der Bestimmung ganzer Gewerbegruppen als solche nach ihrer wirtschaftlichen Zugehörigkeit im Handwerk, ferner hinsichtlich der Abgrenzung einzelner Betriebe gemäß der Gestaltung ihrer Betriebsverhältnisse. Insbesondere handelt es sich auch um die Zugehörigkeit

solcher Gewerbegruppen, die zwar der Gewerbeordnung unterstehen, aber bisher weder dem Handel noch der Industrie, noch dem Handwerk zugerechnet werden. Von diesen Gewerbegruppen ist eine Anzahl bereits seit geraumer Zeit von den Berufsvertretern des Handwerks für sich in Anspruch genommen worden, und die Regelung sollte durch Reichsgesetzgebung erfolgen. Im Jahre 1909 hat die Vollversammlung des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertags einen dementsprechenden Beschluß gefaßt und der Kammetag hat im Jahre 1912 eine genaue Darlegung der einschlägigen Verhältnisse in einer Denkschrift niedergelegt, die er den verbündeten Regierungen zur Abänderung der Gewerbeordnung eingebracht hat.

Da der Gesetzentwurf über die Industrie- und Handelskammern bestimmt, daß die Industrie- und Handelskammern nicht nur die Gesamtinteressen der Industrie, des Handels und der Schifffahrt, sondern auch der nicht zum Handwerk gehörigen Gewerbe ihres Bezirks wahrzunehmen haben, so erblickt der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamertag in dieser Fassung eine außerordentliche Gefahr für den Wirkungskreis der Handwerks- und Gewerbeamertag. Er sieht diese Gefahr darin begründet, daß ein für allemal unter Festlegung der bei der Verabschiedung des Gesetzes bestehenden Verhältnisse alle die gewerblichen Kreise der Industrie und Handelskammer zugewiesen werden, für welche die Handwerkskammer zur Zeit nicht zuständig ist. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamertag hat daher an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe und an das Abgeordnetenhaus eine Ein-

gabe gerichtet. In dieser Eingabe sagt er zunächst die bisherigen Bestrebungen des Kammertags auf diesem Gebiete zur Erlangung einer reichsgefeslichen Klärung zusammen und spricht die Befürchtung aus, daß die bevorstehende Neugestaltung der Berufsvertretung für Industrie und Handel einen neuen Anreiz für die auf der Grenze von Handwerk und Industrie stehenden Gewerbebetriebe bieten wird, sich den Industrie- und Handelskammern anzuschließen und dem Handwerk den Rücken zu kehren. Er befürchtet einen stärkeren Abgang von Betrieben aus dem Bereiche des Handwerks in die Industrie auch deswegen, weil infolge der Kriegszeit auch in Handwerksbetrieben die Spezialisierung der Gütererzeugung erheblich gefördert worden ist, die eine wesentliche Grundlage zur Industrialisierung der Betriebe zu bilden pflegt. Die Gründe für eine derartige Abwanderung liegen nicht allein auf wirtschaftlichem, sondern auch auf gesellschaftlichem Gebiete.

Die Eingabe des Kammertages führt noch folgendes aus:

„Die gewerblichen Verhältnisse sind in einem steten Fluß, sie lassen sich nicht in starre Grenzen zwingen. Die gewerbliche Entwicklung macht ganze Berufsarten überflüssig, sie schafft aber andererseits neue Berufe oder löst aus älteren Gewerben neue Spezialberufe aus, die allmählich in ihrem Selbständigwerden die Fühlung mit ihrem alten Beruf verlieren. In dieser Entwicklung ist auch das Handwerk beteiligt. Ebenso wie Gewerbearten, die früher zum Handwerk gehörten, als solche verschwunden oder in der Industrie aufgegangen sind, ebenso sind neue Gewerbearten entstanden, die ihrem ganzen Betriebssystem nach als handwerksmäßige zu betrachten sind. Die Berufsvertretungen des Handwerks haben das größte Interesse daran, daß dieser Entwicklung Rechnung getragen wird. Es darf nicht der Bereich des Handwerks ein für allemal festgestellt werden, ohne daß die Möglichkeit bestehen bleibt, neu gebildete Gewerbearten wieder dem Handwerk zuzuführen, soweit ihre Verhältnisse das rechtfertigen. Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit vor allem dagegen, daß etwa mit dem historischen Begriffe des zünftigen Handwerks im Sinne des preussischen Ministerialerlasses vom Jahre 1902 die Abgrenzung zwischen Industrie und Handwerk im Sinne des § 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs vorgenommen wird. Auf der einen Seite wird mit Recht von Verwaltung und Gesetzgebung darauf geachtet, daß die Handwerkerpolitik „zünftige“ Maßregeln unterläßt und so nicht in die Fehler der alten Zunftpolitik zurückverfällt. Es ist nur billig, daß dann auf der anderen Seite nicht etwa der Begriff des zünftigen Handwerks, der tatsächlich mit der modernen Entwicklung nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen ist, ein für allemal als Schranke für den Geltungsbereich des Handwerks festgelegt wird. Eine derartige schematische festgelegte Begrenzung würde schließlich einmal der Organisation des Handwerks das frisch pulsierende Blut aus den Adern entziehen. Es würde der Organisation des Handwerks grundsätzlich damit verwehrt werden, mit der modernen gewerblichen Entwicklung Schritt zu halten. Wenn jetzt der vorliegende Gesetzentwurf bestimmt, daß alle die Gewerbebezüge, die nicht zum Handwerk gehören, ein für allemal den Industrie- und Handelskammern zugerechnet werden sollen, dann muß befürchtet werden, daß alle die Berufe, die das Handwerk seit Jahren für sich in Anspruch nimmt, der Industrie- und Handelskammer zugewiesen werden. Wir bedauern es insoweit außerordentlich, daß auf dem Wege der einzelstaatlichen Gesetzgebung eine einseitige Regelung erfolgt, die in das Verhältnis zwischen Industrie und Handwerk so tief eingreift, ohne daß die von den Berufsvertretungen des Handwerks seit mehr als zehn Jahren geforderte reichsgefesliche Entscheidung über diese Auseinanderlegung mit der Industrie wegen der grundsätzlichen Abgrenzung nach Berufsgruppen hätte stattfinden können.“

In seiner Eingabe schlägt der Handwerks- und Gewerbe-Kammertag vor, entsprechend den

Zweiteilung der Industrie- und Handelskammern eine Zweiteilung durch Bildung von Handwerks- und Gewerbe-Kammern vorzunehmen und diese neben dem Handwerk die Gewerbe zuzuweisen, die weder zur Industrie noch zum Handwerk gehören, aber der Gewerbeordnung unterstellt sind.

Diesen Vorschlag begründet die Eingabe wie folgt: „Allen denen, die ein Gewerbe selbständig betreiben können, läßt § 81, R.G.-G., die Möglichkeit zur Innungsbildung. Von dieser Möglichkeit hat eine ganze Reihe von Gewerben (z. B. Gastwirte, Fuhrunternehmer) Gebrauch gemacht, ohne daß sie dadurch handwerksmäßigen Charakter erhalten hätten; wohl aber sind diese Innungen von Gewerbebetreibern in den Innungsausschüssen in den betreffenden Städten mit den Innungen des Handwerks gemeinsam vertreten und haben infolgedessen schon mittelbar die Handwerkskammer als Berufsvertretung anerkannt. Grundsätzlich würde die Zweiteilung der Handwerkskammer in eine Handwerks- und Gewerbe-Kammer den Vorteil bieten, daß eine Anzahl von Gewerben eine Berufsvertretung erhält, die nach der technischen Gestaltung wie nach den wirtschaftlichen Verhältnissen dieser Gewerbe ihnen näher liegt als die Berufsvertretung der Industrie und des Handels. Eine derartige Regelung würde ferner die Möglichkeit bieten, daß mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung und der darauf etwa erfolgenden Um- und Neubildung von Gewerbebezügen neu entstehende Gewerbe nicht ohne weiteres der Industrie- und Handelskammer zugewiesen werden müßten, sondern je nach ihrer Eigenart auch zur Handwerks- und Gewerbe-Kammer gerechnet werden könnten.“

In der Eingabe gibt weiterhin der Kammertag seiner Ansicht Ausdruck, daß die vorgeschlagene Regelung im Rahmen der Landesgesetzgebung möglich ist, weil sie grundsätzlich den Bestimmungen der Gewerbeordnung der Handwerkskammern nicht entgegensteht. Es wird auf die Hansestädte und das Königreich Sachsen hingewiesen, wo Gewerbe-Kammern bestehen, die gleichzeitig die Funktionen der Handwerkskammer ausüben. Die Neuordnung der Handwerkskammern als Handwerks- und Gewerbe-Kammern soll gleichzeitig mit der Neuordnung der Handelskammern in die Wege geleitet werden.

Meistersöhne im Handwerk.

Mangelnder Zustrom von Nachwuchs ist letzten Endes immer ein Zeichen geringer Wertschätzung für einen Berufsstand. Wenn nun gar, wie es im Handwerk häufig beobachtet worden ist, die eignen Standesangehörigen ihre Söhne anderen Berufen zuführen, die tatsächlich oder vermeintlich bessere Aussichten bieten, so ist das für den Außenstehenden ein Zeichen, daß der betreffende Beruf keine günstigen Aussichten mehr zu bieten hat. Denn wer vermag die Entwicklungsmöglichkeiten eines Standes besser zu beurteilen, als dessen Angehörige selber? Lange Jahre hat das Handwerk darunter gelitten, daß die Meister ihre Söhne nicht diesem, sondern anderen Berufen zuführten, weil sie kein Vertrauen mehr zum Handwerk hatten. Es war auch nicht unbegründet. Die Preiswirtschaft des Handwerks war in einen trostlosen Zustand geraten, die Kalkulationen wurden vielfach auf Irrtümern aufgebaut, der Meister kam oft trotz Fleiß und Tüchtigkeit wirtschaftlich nicht mehr vorwärts, weil seine Kollegen im blindwütigen Konkurrenzkampf seine Leistungen entwerteten. Wenn die Verhältnisse im Laufe der Jahre sich in manchen Handwerkszweigen erheblich gebessert haben, so ist das der zielbewußten Reformarbeit zu danken, die von den Berufsorganisationen geleistet worden ist. Ein deutlicher Beweis für den Erfolg der Arbeit tritt schon an den Tag. In einer Stadt des rheinisch-westfälischen Industriegebietes besteht eine besonders gut geleitete Arbeitsgemeinschaft, der 27 Meister an-

gehören. In den Werkstätten dieser Meister arbeiten heute schon 13 Meistersöhne, trotzdem ein Meister keine Söhne haben. Die Zahl wolle 16 betragen, wenn nicht der Krieg zwei Opfer aus ihren Reihen gefordert hätte und ein gestorben wäre. Würden sie noch am Leben sein, so wären in den Werkstätten der Arbeitsgemeinschaft ebenso viele Meistersöhne tätig, als die Vereinigung mit Söhnen gesetzte Meister zählt. Mit anderen Worten: In Durchschnitt stellt schon heute jeder Meister, der Söhne hat, einen Sohn dem Handwerk, viel davon den einzigen. Dieses Verhältnis bespricht sich aber noch wesentlich günstiger gestaltet, denn schon heute läßt sich übersehen, daß weitere 14 Meistersöhne innerhalb der nächsten zwei Jahre den väterlichen Beruf ergriffen werden. Mit berechtigter Genehmigung so heißt es in dem genannten Fachblatt weiter konnte der Leiter dieser Arbeitsgemeinschaft erzählen, wie er vor Jahren einem Kollegen an dessen hange Frage, was er mit seinen beiden Jungen anfangen solle, geraten habe, sie seinen Handwerk zuzuführen und nun von dieser selbst erfährt, daß er seinen jüngsten Sohn auf noch Tischler werden lassen wollte. Dieses Beispiel zeigt, daß heute schon eine Besserung der Verhältnisse deutlich wahrnehmbar ist. Wo die handwerklichen Organisationen in ähnlicher Weise arbeiten, da kann nach menschlicher Voraussicht erwartet werden, daß das Handwerk der Zukunft gesunde Bahnen wandeln wird, da besteht die sichere Aussicht, daß der tüchtige Mann in diesem Berufe eine feste Grundlage für seine Existenz und für die Gründung einer Familie finden kann. Da ist es ein Ehrenpflicht der Meister, durch Zuführung ihrer eigenen Blutes die Familientradition im Beruf wieder neu zu kräftigen, wie es in früheren Zeiten allgemein der Brauch war. Das wird dann auf die Außenstehenden nicht ohne Eindruck bleiben und diesen der Handwerksbetriebe wieder als erstrebenswert erscheinen. Dann werden die vielen Klagen über die mangelhafte Tüchtigkeit des handwerklichen Nachwuchses der Vergangenheit angehören.

Herabminderung der Unfallgefahr durch Selbsterziehung der Arbeiterschaft.

Auf die Möglichkeit einer planmäßigen Selbsterziehung zur Unfallverhütung weist Gewerbedr. Bender im Zentralblatt für Gewerbehygiene vom Januar 1918 hin. Bereits in früheren Untersuchungen (Technik und Wirtschaft 1916, Heft 8) hatte derselbe Verfasser Feststellungen darüber veröffentlicht, daß in Betrieben mit gut entwickelter Unfallfürsorge die Unfallhäufigkeit bis auf etwa ein Drittel von derjenigen in Betrieben mit mangelhafter Unfallverhütung beschränkt werden kann. Das muß ein Ansporn sein, sowohl die Betriebsleitungen wie die Arbeiterschaft immer planmäßiger dazu zu erziehen, der Unfallverhütung die größte Aufmerksamkeit zu schenken, denn die Unfallhäufigkeit stellt eine schwere Belastung der deutschen Volkswirtschaft dar. Bender empfiehlt in seinem Aufsatz, daß den Studierenden gewerblicher Fächer an allen technischen Hochschulen eine sorgfältige Vorbereitung für die Aufgaben der Unfallverhütung und des Arbeiterschutzes gegeben werden muß, damit sie als spätere Betriebsleiter in diesem Sinne wirken können. Aber auch eine Selbsterziehung der Arbeiter ist notwendig, denn nach einer Statistik des Reichsversicherungsamtes sind etwa 41 v. H. aller Unfälle auf Verschulden seitens der Arbeitnehmer zurückzuführen. Daher empfiehlt Bender, in den Fortbildungsschulen einen recht eingehenden sachmännischen Unterricht über Unfall- und Krankheitsverhütung zu erteilen und damit dem jugendlichen Arbeiter eine Grundlage dafür zu geben, daß er selbst daran mitwirken muß, die Unfall- und Krankheitsgefahr herabzumindern.

Als musterhaftes Beispiel schildert Bender das Vorgehen einer Berliner Maschinenfabrik, wo eine aus Ingenieuren, Meistern und Schlossern bestehende Arbeiterschulungskommission gebildet wurde, deren Aufgabe es ist, die Fabrikleitung auf mangelhafte Einrichtungen, Maschinen und Arbeitsmethoden aufmerksam zu machen und geeignete Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen. Auch liegt es der Kommission ob, die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu beaufsichtigen und die vorkommenden Unfälle zu begutachten. Nach den guten Erfahrungen, die mit dieser Arbeiterschulungskommission gemacht worden sind, kann die Einrichtung solcher Kommissionen allen Betriebsleitungen dringend empfohlen werden. Auch die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung rufen dringend, daß recht viele Fabriken aus ihren Ingenieuren, Meistern und Arbeitern derartige Kommissionen bilden.

Beirat für Handwerk und Genossenschaftswesen im Landesgewerbeamt.

Auf Grund des § 24 der Ausführungsanweisungen zur Allerhöchsten Verordnung über die Errichtung eines Landesgewerbeamtes in Preußen vom 3. April 1905 ist ein ständiger Beirat für Handwerk und Genossenschaftswesen beim Landesgewerbeamt errichtet worden. Der Minister für Handel und Gewerbe hat in diesen Beirat berufen:

- a) 8 Vertreter des Abgeordnetenhauses,
- b) 4 Vertreter von Städten,
- c) 13 Vertreter des Handwerks,
- d) 2 Vertreter des Genossenschaftswesens,
- e) 3 Vertreter von Gewerbeverbänden.

Außer durch das Mitglied des Abgeordneten-

hauses, Herr Medizeur Defer in Frankfurt a. M., ist der Regierungsbezirk Wiesbaden in dem Beirat nicht vertreten.

Kurze Mitteilungen.

Arbeitsgemeinschaft des nicht-korporierten Frankfurter Handwerks.

Wie bereits kurz gemeldet, hat das Handwerksamt Frankfurt a. M. nunmehr auch das nicht-korporierte Handwerk zu den gemeinsamen Aufgaben heranzuziehen gesucht durch Bildung der Arbeitsgemeinschaft des nicht-korporierten Frankfurter Handwerks. Die vom Handwerksamt entworfenen Satzungen wurden in der am 22. März stattgefundenen Gründungsversammlung angenommen.

Zum Vorstand wurden folgende Herren gewählt: Herr Rudolf Hofmeister, Karmorgeschäft, 1. Vorsitzender; Herr Jacob Schö, Mechanikermeister, 2. Vorsitzender;



Zeichne die Kriegsanleihe!

An jedem Zinstage wirst Du von neuem Deine Freude haben!

Herr Hans Rautenstein, Kartograph, Besitzer: Herr Handwerksamtsvorsteher Bouweret, Geschäftsführer.

Die Arbeitsgemeinschaft hat nach den Satzungen vor allem die Aufgabe, denjenigen Frankfurter Handwerkszweigen, die eine Fachorganisation nicht besitzen oder wegen der geringen Zahl der Beteiligten eine solche nicht bilden können, eine Stützorganisation zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen zu sein.

Die Vorstandsmitglieder der neugebildeten Arbeitsgemeinschaft werden im Hauptauschuß der Frankfurter Handwerker-Vereine Sitz und Stimme erhalten. Dadurch ist die letzte Lücke in dem Ring der Frankfurter Handwerker-Organisationen geschlossen.

Das Deutsche Kriegswirtschaftsmuseum.

Als dessen Sitz die Handelszentrale Leipzig im industriereichen Königreich Sachsen bestimmt wurde, ist im raschen Aufblühen begriffen. Der zunächst vom Deutschen Handelstag, vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstag und vom Deutschen Landwirtschaftsrat vertretene große Gedanke, in einem besonderen Museum ein geschlossenes Bild riesenhaften Leistungen aller Zweige der deut-

schen Volkswirtschaft im Weltkriege festzuhalten und damit dem ehrenden Gedächtnis an das Reichs-Daseinskämpf, der Anregung und Belehrung kommenden Generationen sowie der wissenschaftlichen Forschung in vollkommener Weise zu dienen, hat bei der Reichsregierung, bei staatlichen und kommunalen Behörden, bei amtlichen und halbamtlichen Kriegsorganisationen, bei den Korporationen und Verbänden der verschiedensten Art, bei Forschern und Bildungsinstituten und bei zahlreichen hervorragenden Männern lebhaftest Zustimmung gefunden. Das geplante Werk kann jedoch nur vollständig gelingen, wenn das ganze Volk sich nach Maßgabe der jedem Einzelnen zur Verfügung stehenden Kraft daran beteiligt. Das Museum gliedert sich in eine Darstellung der bemerkenswerten Formen und Einrichtungen der Kriegswirtschaft, die durch Waren, Modelle, Muster, figürliche und sonstige körperliche Darstellungen der breiten Masse der Bevölkerung wirtschaftliches Verständnis vermitteln wird, ferner in eine Bibliothek der in- und ausländischen Literatur über die deutsche Kriegswirtschaft und schließlich in ein Archiv, enthaltend das Archivmaterial der Kriegswirtschaft, als da sind Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen, Berichte, Statistiken, private Aufzeichnungen und dergleichen mehr. Das zu bearbeitende Material umfaßt in zunächst

15 großen Gruppen die Landwirtschaft, den Bedarf, die Versorgung und den Ertrag von gewerblichen Rohstoffen und die Herstellung von Erzeugnissen, die Kriegsindustrie, die Friedensindustrie und das Friedensgewerbe während des Krieges, den Handel, das Versicherungswesen, den Verbrauch und die Verteilung der notwendigen Bedarfsmittel, die Kommunen und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen, den Verkehr und seine Umformung, den Arbeitsmarkt, die Kriegs- und Zivilgefangenenbeschäftigung, den vaterländischen Hilfsdienst, das Geld- und Bankwesen, die Finanzen des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden, die Wirkungen des Krieges auf das deutsche Volkswirtschaft, den Mechanismus der Kriegswirtschaft, die Verwaltung und Bewirtschaftung der besetzten Landesteile und die Übergangswirtschaft. Besonders förderlich für das deutsche Kriegswirtschaftsmuseum ist es, daß die benötigten Räume für die nächsten Jahre bereits zur Verfügung stehen.

Bürgerstiftung zum Wiederaufbau des Wiesbadener Handwerks nach dem Kriege.

Auf Anregung und unter Führung des Sanitätsrats Dr. Koste, Oberstabsarzt hier, hat der Schwesternchor des Reserve-Lazarets III am

8. Februar in der hiesigen Lutherkirche ein Kirchenkonzert veranstaltet, das bei überfülltem Hause einen wohlgeklungenen und genussreichen Verlauf nahm und für die Bürgerstiftung einen Reinertrag von 500 Mark ergab. Der Arbeitsausschuss spricht dem Chor und seinem verdienstvollen Führer für diese selbstlose und hochherzige Mitarbeit öffentlich den herzlichsten Dank aus.

Das Nachtbadverbot im Bädergewerbe.

Der Bund der Bäder- und Konditor-Gesellen Deutschlands, Sitz Berlin, hat aufgrund der verschiedenen Presseäußerung über das kommende Nachtbadverbot im Bädergewerbe sich mit einer Eingabe an den Bundesrat und Reichstag gewandt, in der eine Ruhezeit von mindestens zehn Stunden von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr verlangt wird. In Bezug auf die Arbeitsdauer wird in der Eingabe verlangt, daß das Grundgesetz von 1896 (Maximalarbeitszeit) grundlegend in Anwendung gebracht wird.

Zelchnet die 8. Kriegsanleihe!

Der Verteidigungskampf des Geldes.

Wir führen einen Verteidigungskrieg, aber nicht nur einen Verteidigungskrieg zur Sicherung unserer territorialen Grenzen, sondern ebenso einen Verteidigungskrieg zur Sicherung unseres ganzen Daseins, des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens und zu dem wirtschaftlichen Leben gehört nicht nur die Möglichkeit, in Zukunft unsere Berufstätigkeit in der vortrefflichen erfolgreichen und selbstbetriebligen Weise wieder aufnehmen zu können, sondern es gehört auch dazu unser ganzes finanzielles Bestehen. Wenn Deutschland in diesem Weltkriege unterliegt, dann wird alles dieses der Willkür des Feindes preisgegeben sein, der dem ganzen kulturellen und wirtschaftlichen Leben die engsten Grenzen ziehen und um dies zu erreichen, nicht davor zurückzucken wird. Deutschland, — jedem einzelnen in seinem täglichen Lebensgang auf das Empfindlichste fühlbar — mit den schwersten finanziellen Opfern zu belasten. Hiergegen den Kampf zu führen bedarf es nicht nur des Einsatzes unserer kampffähigen Mannschaften an der Grenze mit ihrer Person, und nicht nur der hervorragenden Willensstärke und Ausdauer in den Erträgen der heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Hierzu ist in erster Linie notwendig, daß jeder die Geldmittel, die er zur Verfügung hat, dem Reiche darleiht, um dieses in die Lage zu versetzen, auch in finanzieller Beziehung den Krieg durchzuführen, bis der Sieg erreicht ist, ohne den Deutschlands Zukunft nicht gesichert werden kann. So kämpfen die Geldmittel des deutschen Volkes mit in dem Kampf und müssen aufmarschieren zum Verteidigungskrieg für sich selbst und für Deutschlands Zukunft. Das bedeutet, daß auch jetzt wieder der Siegeszug der Reichsanleihe gesichert sein muß. Um dieses zu erreichen, muß jeder mitwirken und alles, was er irgend vermag, bereitstellen zur Bezeichnung der 8. Kriegsanleihe.

Dr. Roefide, M. d. R. und M. d. S. b. M.

Aus den Lokalvereinen.

Wiesbaden.

Am 23. März waren es 40 Jahre, daß der Steinhauergehilfe Karl Schmidt im Grabmal- und Bildhauergeschäft der Firma Frib Jung tätig ist. Aus diesem Anlaß fand eine kurze Feier statt. Im Auftrag der Handwerkskammer übergab zugleich mit herzlichem Glückwünschen Herr Baumeister Dähne eine Ehrenurkunde. Weiter konnte der Steinhauergehilfe Wilhelm Seib auf eine 31-jährige Tätigkeit in dem gleichen Geschäft zurückblicken. Auch ihm galt die Feier und auch ihm wurde eine Ehrenurkunde der Handwerkskammer überreicht. Das Doppelschicksal ist ein ehrenvolles Zeugnis für das bestehende gute Einvernehmen zwischen Meister und Gehilfen und ist in der gegenwärtigen Zeit eine besonders erfreuliche Erscheinung. Den Jubilaren wurde noch sonst in ehrender Weise gedacht.

Bücherschau.

Die Meisterprüfung im Dachdeckerhandwerk. Herausgegeben und bearbeitet von der „Deutschen Dachdecker-Zeitung“, Verlag Carl Gledow, Berlin S. 14, Stallschreiber-Strasse 2-25. Preis 10 M. und 50 Pfg. Porto gegen vorherige Einsendung des Betrages.

unter Nachnahme 11 M. — Das Buch ist besonders wertvoll durch die technische Behandlung der Dachbedeckung mit 498 Abbildungen.

Ernst J. Osenberg, Die Gesellenprüfung in der Buchmacherei. Verlag Siegfried Cronbach Berlin W. 57.

Dr. Robert Stern, Frauenmode-Frauenmacht, Verlag Siegfried Cronbach, Berlin W. 57.

Elise Schüge, Handbuch für die Damenschneiderei, Verlag R. Derrosé, Wittenberg. Preis 3,60 M.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Herrn Handwerkskammerpräsidenten Schroe-der wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Bekanntmachung

Frühjahrsgejellenprüfung betr.

Die Frühjahrsgejellenprüfungen finden statt für Maurer, Zimmerer, Tüncher vom 1. bis zum 15. Mai;

für alle übrigen Handwerker vom 1. bis 30. April.

Die Anmeldungen haben zu erfolgen bei den Herren Vorsitzenden der zuständigen Prüfungsausschüsse und zwar:

für Maurer, Zimmerer und Tüncher im Laufe des Monats April;

Lieferungs-Genossenschaft der Schreiner und Tapezierer G. & M. b. G.

des Handwerkskammerbezirks Wiesbaden.

Aktiva.	Bilanz am 31. Dezember 1917.	Passiva.	
Kassenbestand	1 074.00	Geschäftsanteile der Mitglieder	2 850.—
Geschäftsanteil bei der Zentralgenossenschaft	500 —	Rücklage	50.—
Ausstände bei den Mitgliedern	988.14	Forderungen der Mitglieder	36 782.21
Ausstände bei der Vermittlungsstelle der Handwerkskammer	26 382.26	Vorlage der Handwerkskammer	1 155.—
Materialvorräte	12 076.20	Reingewinn	133.99
	<u>40 971.20</u>		<u>40 971.20</u>
Mitgliederstand		Anteile	Haftsumme
Zahl der Genossen Ende 1916 = 16		Bestand Ende 1916 = 2 250.—	7 200.—
Zugang in 1917 . . . = 10		Zugang 1917 . . . = 600.—	3 000.—
Bestand Ende 1917 = 26		Bestand Ende 1917 = 2 850.—	10 200.—
Der Vorstand:		Der Aufsichtsrat:	
Buchwald, Zoereus, Kaltwasser.		C. Beer, A. L. Breidenstein, Ph. Wagner, S. Jung.	



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse

Wiesbaden, Rheinstraße 44. — Fernruf 833, 844, 893, 6172.

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. Reichsbankgironkonto. — Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 600. 28 Filialen (Landesbankstellen) u. 208 Sammelstellen im Regierungsbezirk Wiesbaden 30 Sammelstellen in Frankfurt und seinen Vororten.

Mündelsichere Anlagen

in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung mit Kündigungsfrist.

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung

Sonstige Geschäftszweige

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und geschlossene Depots) Vermietung verschließbarer Schrankfächer, An- und Verkauf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks, Einlösung fälliger Zinsscheine.

Nassauische Lebensversicherungs-Anstalt

Behördliches Institut des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 17 600. Fernruf wie oben.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.